

Vereinbarung zur Entgeltumwandlung

Zwischen dem Unternehmen

Firma _____

nachfolgend „Unternehmen“ genannt

und dem/der Mitarbeiter/-in

Name, Vorname _____

Geburtstag (TT/MM/JJJJ) _____

Geburtsort: _____

wohnhaft in Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

betriebszugehörig seit (MM/JJJJ) _____

Gesellschafter-Geschäftsführer oder Angehörige*) ja nein

nachfolgend „Mitarbeiter“ genannt

wird in Abänderung des derzeit gültigen Arbeitsvertrages folgendes vereinbart:

Gehaltsherabsetzung

- Die vertraglichen Bruttobezüge des Mitarbeiters werden mit Wirkung ab dem _____ regelmäßig herabgesetzt um einen Betrag in Höhe von _____ € jährlich erhöht um _____% jeweils auf den Vorjahresbetrag
 des laufenden Bruttogehaltes monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
 der Sonderzahlung (_____)
 der sonstigen Vergütung (_____)
- Bei Erhöhungen der laufenden Bezüge sowie bei der Bemessung anderer davon abhängiger betrieblicher Leistungen bleiben die gegenüber dieser Vereinbarung ungeminderten Bezüge maßgebend.
- Dem Mitarbeiter ist bekannt, dass - soweit sozialversicherungspflichtiges Entgelt herabgesetzt wird - keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen sind und dass damit eine entsprechende Minderung zukünftiger Ansprüche auf Sozialversicherungsleistungen verbunden ist.
Dies gilt jedoch nicht, soweit das umgewandelte Entgelt in den Durchführungswegen der unmittelbaren Pensionszusage und der Unterstützungskasse insgesamt 4% der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung übersteigt.

Zusage einer betrieblichen Altersversorgung

- Der Mitarbeiter erhält zum Ausgleich für diese Gehaltsherabsetzung eine wertgleiche betriebliche Altersversorgung über die Deutsche Pensionsfonds e.V. – die überbetriebliche Unterstützungskasse (DPF) (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BetrAVG).
- Das Unternehmen erbringt aufgrund dieser Zusage Zuwendungen an den DPF in Höhe der Gehaltsherabsetzung. Die Zuwendungen werden erbracht, solange der Mitarbeiter einen Anspruch auf Lohnzahlung hat. Sofern das Arbeitsverhältnis ruht, beendet wird oder aus anderen Gründen kein Lohnzahlungsanspruch besteht, endet gleichzeitig die Verpflichtung des Unternehmens auf Leistung weiterer Zuwendungen an den DPF. Damit vermindern sich die Versorgungsanswartschaften auf die Leistungen, die bei Eintritt des Versicherungsfalls aus der beitragsfrei gestellten Rückdeckungsversicherung zur Verfügung stehen.
Die Zuwendung des Unternehmens an den DPF erfolgt hinsichtlich Höhe und Fälligkeit in derselben Weise wie die Gehaltsherabsetzung.
- Der DPF verwendet diese Zuwendung gemäß den im Leistungsplan festgelegten Vereinbarungen in voller Höhe für die Beiträge zu einer Rückdeckungsversicherung bei der

_____ (Versicherer)

Für die Rückdeckungsversicherung können nur solche Tarife bzw. Tarifkombinationen gewählt werden, die den Voraussetzungen des § 4d EStG entsprechen. Dies bedeutet, dass nur lebenslange Rentenleistungen oder an deren Stelle ein Versorgungskapital zulässig sind. Berufsunfähigkeitsversicherungen, bei denen keine lebenslangen Renten versichert werden bzw., die nicht in eine lebenslange Leibrente übergehen, sind zum Beispiel nur zulässig, wenn vereinbart wird, dass bei Ablauf des Vertrages ein Versorgungskapital ausgezahlt wird. Sollten diese Voraussetzungen nicht eingehalten sein, so erklärt der Versorgungsanwärter hiermit sein Einverständnis zur Abänderung der Rückdeckungsversicherung. Dem Mitarbeiter wird die Möglichkeit eingeräumt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem DPF, die Form und die Strategie der Anlage in Fonds zu bestimmen und zu verändern, soweit dies im Rahmen der Rückdeckungsversicherung möglich und steuerlich zulässig ist.

- Die Rückdeckungsversicherung wird an den Mitarbeiter verpfändet.
- Die Art und die Höhe der Versorgungsleistungen ist dem in der Anlage beigefügten Leistungsplan zu entnehmen. Die Versorgungsleistungen entsprechen den Leistungen aus der auf das Leben des Mitarbeiters abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung, für die Beiträge in Höhe der umgewandelten Bezüge eingezahlt sind. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens des Mitarbeiters bzw. beim Ruhen des Arbeitsverhältnisses kommen die Rückkaufswerte oder die Werte bei einer Beitragsfreistel-

*) Unter Angehörigen sind in diesem Zusammenhang zu verstehen alle Personen, die in § 15 Abgabenordnung (AO) genannt werden (Verlobte, Ehegatten, Kinder, Geschwister, Kinder der Geschwister, Ehegatten der Geschwister u. Geschwister der Ehegatten, Geschwister der Eltern u. Verwandte und Verschwägerter gerader Linie).

lung zum Ansatz. Mir wurde erläutert, dass diese Werte zu Beginn der Zusage sehr gering oder noch nicht vorhanden sein können. Ist eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung oder eine Hinterbliebenen-Zusatzversicherung eingeschlossen, so erlöschen diese Anwartschaften im Regelfall bei Beitragsfreistellung.

6. Ist bei der Rückdeckungsversicherung eine Hinterbliebenenzusatzversicherung eingeschlossen, so ist Anwärter auf die Hinterbliebenenrente die versicherte Person der Hinterbliebenenzusatzversicherung. Dabei und bei allen anderen Hinterbliebenenleistungen kann Anwärter auf Hinterbliebenenleistungen nur eine Person aus dem nachfolgend beschriebenen Personenkreis sein. Im Übrigen kann Anwärter auf Hinterbliebenenleistungen nur sein, und zwar in nachstehender Rangfolge, mehrere gleichrangige Anwärter zu gleichen Teilen:

- a) der überlebende Ehegatte oder der eingetragene Lebenspartner,
- b) Kinder im Sinne des § 32 Abs. 3 und 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 EStG.

Abweichend davon kann der Versorgungsanwärter dem DPF gegenüber eine andere Person - jederzeit widerruflich - als Anwärter auf Hinterbliebenenleistungen benennen, jedoch nur aus dem Personenkreis der zuvor aufgeführten Rangfolge und im Übrigen nur noch seinen früheren Ehegatten oder seine Lebenspartnerin/seinen Lebenspartner. Benennung und Widerruf werden erst wirksam, wenn sie dem DPF schriftlich zugehen. Die Benennung der Lebenspartnerin/des Lebenspartners wird nur wirksam, wenn sie mit Angabe des Vor- und Zunamens, des Geburtsdatums und der Anschrift erfolgt und der Versorgungsanwärter schriftlich bestätigt hat, dass eine gemeinsame Haushaltsführung besteht. Eine Benennung gilt als nicht abgegeben, wenn diese Angaben unvollständig sind. Die Hinterbliebenenleistung entfällt, wenn die Lebensgemeinschaft mit der Lebenspartnerin/dem Lebenspartner einschließlich gemeinsamer Haushaltsführung bei Eintritt des Versicherungsfalles nicht mehr besteht. Demgemäß soll Anwärter auf Hinterbliebenenleistungen sein:

Name, Vorname: _____ geb. am: _____
Strasse: _____ Ort: _____

Der Mitarbeiter bestätigt hiermit, dass eine gemeinsame Haushaltsführung mit dieser Person besteht.

- 7. Der Mitarbeiter ist darüber informiert, dass ausgezahlte Versorgungsleistungen der Lohnsteuer und ggf. der Beitragspflicht in der Sozialversicherung unterliegen.
- 8. Eine zwischen den Parteien etwa bereits bestehende Versorgungsregelung bleibt von dieser Vereinbarung unberührt.

9. Einwilligung zur Datenverarbeitung

Der Mitarbeiter erklärt seine Einwilligung, dass der DPF seine personenbezogenen Daten verarbeitet und speichert, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Versorgung erforderlich ist, ggf. auch durch ein hierzu beauftragtes Unternehmen. Der Mitarbeiter erklärt sein Einverständnis, dass die erhobenen Daten an den Versicherer sowie an Rückversicherer zur Beurteilung des Risikos und der Ansprüche an andere Versicherer und an den Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. zur Weitergabe dieser Daten an andere Versicherer übermittelt und dort gespeichert werden. Diese Einwilligung gilt auch für Versicherungsverträge mit anderen Versicherungsgesellschaften sowie für künftige Anträge. Die Einwilligung des Mitarbeiters erstreckt sich auch darauf, dass der DPF seine allgemeinen Antrags-, Vertrags- und Leistungsdaten an einen für ihn zuständigen Vermittler weitergeben kann, soweit dies der ordnungsgemäßen Durchführung seiner Versorgung dient. Gesundheitsdaten dürfen nur an Personen- und Rückversicherer weitergegeben werden. An den für den Mitarbeiter zuständigen Vermittler dürfen sie nur übermittelt werden, soweit es zu Durchführung des Versicherungsvertrags erforderlich ist.

- 10. Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Eine Kündigung ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahrestag des Beginns der Zuwendung an den DPF möglich. Durch die Kündigung vermindern sich die Versorgungsanwartschaften auf die Leistungen, die bei Eintritt des Versicherungsfalles aus der beitragsfrei gestellten Rückdeckungsversicherung zur Verfügung stehen.
- 11. Mit Unterzeichnung dieser Vereinbarung erklärt der Mitarbeiter, dass er den Inhalt des Leistungsplanes zur Kenntnis genommen hat, und erklärt seine Einwilligung zum Abschluss einer Rückdeckungsversicherung auf sein Leben durch den DPF. Der Mitarbeiter erklärt sich bereit, alle Angaben zu machen, die für den Abschluss der Rückdeckungsversicherung erforderlich sind und sich ggf. ärztlich untersuchen zu lassen. Der Mitarbeiter erklärt sein Einverständnis, dass der Versicherer die erhobenen Daten speichert.
- 12. Dem Mitarbeiter ist bekannt, dass er in die Versorgung durch den DPF nur aufgenommen werden und Versorgungsleistungen nur erhalten kann, wenn er dem Versicherer alle Fragen wahrheitsgemäß und vollständig beantwortet hat, der Versicherungsschutz in Kraft getreten ist und der Versicherer nicht nachträglich den Rücktritt vom Versicherungsvertrag erklärt.
- 13. Der Mitarbeiter ermächtigt den Versicherer unwiderruflich, bei Leistungen im Falle des Todes oder einer Berufsunfähigkeit die behandelnden Ärzte, die Ärzte, welche die Todesursache feststellen, und Behörden zu den Umständen des Leistungsgrundes zu befragen. Insoweit werden alle, die hiernach befragt werden, von der Schweigepflicht auch über den Tod des Mitarbeiters hinaus entbunden.

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein, so wird dadurch die Gültigkeit im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Auffüllung einer Lücke ist dann eine angemessene Regelung zu setzen, die nach Sinn und Zweck dem am nächsten kommt, was festgelegt worden wäre, wenn dieser Punkt von vornherein beachtet worden wäre.

Ort, Datum

X

Unternehmen

Ort, Datum

X

Mitarbeiter